

121/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 07.05.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

des Abgeordneten Grünewald, Freundinnen und Freunde

betreffend Auswirkungen der Studiengebühren auf die Studienbeteiligung und das Studierverhalten

Seit Einführung der Studiengebühren studieren an den österreichischen Universitäten 45.000 Studierende weniger. Das ist ein Minus von 20 Prozent. Die Verfügbarkeit qualifizierten wissenschaftlichen Personals wird in Österreich zunehmend ein limitierender Faktor. Laut EU-Kommissionsbericht besteht im Bereich der für die zukünftige Entwicklung wesentlichen „Humanressourcen“ im FTE-Bereich klarer Nachholbedarf für Österreich. Sowohl die Akademikerinnenquote von weniger als 8 Prozent (OECD-Durchschnitt: 17 Prozent) als auch der Anteil von Forscherinnen an der Erwerbsbevölkerung (4,86 Forscherinnen pro 1000 Erwerbspersonen im Vergleich zu 5,6 in der EU) liegen in Österreich unter dem internationalen Durchschnitt.

Die Teilnahme an tertiärer Bildung ist in Österreich unterdurchschnittlich. Die Hochschulzugangsquote liegt gerade bei 30 Prozent und damit deutlich unter dem OECD-Ländermittel von 45 Prozent. Die skandinavischen Länder haben insgesamt eine sehr hohe Hochschulzugangsquote wie etwa Finnland mit 71 Prozent.

Die Daten aus dem Bericht zur sozialen Lage der Studierenden weisen darauf hin, dass die Studiengebühren einen Einfluss auf die soziale Zusammensetzung der Studierenden haben. Kamen 1998 noch 47,3 Prozent der Studierenden aus Haushalten, in denen keiner der Elternteile Matura hatten, sind das nach Einführung der Gebühren nur noch 42,4 Prozent. Studierende, deren Eltern Hochschulabschlüsse haben, waren vor vier Jahren zu 10,8 Prozent vertreten, jetzt sind sie es zu 13,5 Prozent.

Es ist zu vermuten bzw. zu befürchten, dass aufgrund der Studiengebühren Studierende mit bildungsferner sozialer Herkunft ihr Studium abgebrochen haben. Es ist daher in höchstem Maße wünschenswert und notwendig, dass Ministerin Gehrer die Ergebnisse der von ihr in Auftrag gegebenen Studie über die „Auswirkungen der Einführung von Studienbeiträgen auf die Studienbeteiligung und das

"Studierverhalten" veröffentlicht, die detaillierte Auskunft über die 45.000 Studienabbrecherinnen geben kann.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Studie über die "Auswirkungen der Einführung von Studienbeiträgen auf die Studienbeteiligung und das Studierverhalten", Projektbericht an das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur von Ao. Univ.-Prof. Dr. Franz Kolland, Universität Wien, soll der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuß für Wissenschaft und Forschung vorgeschlagen.

i